

anderem in dem „Führer für Industrie und Handel“ dem amtlichen Organ des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie (Heft 17 vom 27. Juni) schrieb:

„ . . . Das Vorgehen des Herrn Weiß (d. h. der Berliner Polizei) ist deshalb unter allen Umständen zu verurteilen, weil er sich über alle Vorschriften hinweggesetzt hat, die auf Grund des Vertrages vom 6. Mai 1921 von Reichswegen erlassen waren und weiter dadurch im voraus jede Möglichkeit zerstört hat, etwaige Funde auch politisch zu verwerten (die lediglich als Legende die öffentliche Meinung beherrschen). Zu diesen Vorschriften gehört die Notwendigkeit der Benachrichtigung des Auswärtigen Amtes, sobald die Polizei die Absicht hat, bei exterritorialen Personen Haussuchung vorzunehmen oder in exterritoriale Räume einzudringen . . . In dieser Unterlassung liegt die Ignorierung eines internationalen Vertrages durch eine staatliche Behörde und damit die der russischen Regierung zugefügte Beleidigung. Es hätte den Fortgang der Untersuchung, den Fortgang der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen, die Stellung Deutschlands bei der sich anbahnenden neuen Konstellation in Europa, es hätte auch Deutschlands Würde kein Jota Abbruch getan, wenn wegen dieser Verletzung des Vertrages sofort eine Entschuldigung ausgesprochen worden wäre . . . Aber eine solche Erklärung schafft weder die den Russen zugefügte Beleidigung, noch die Schädigung des deutschen Ansehens aus der Welt . . .

Die Nichtbeachtung der elementaren Vorschrift, wonach Haussuchungen in Gegenwart des Beagwöhnten stattfinden müssen, hat bei den Russen das Gefühl völliger Rechtlosigkeit erzeugt, und da sie angesichts der Verzögerung des Eingreifens der Reichsregierung garnicht wissen konnten, ob nicht nach zwei, drei Stunden oder Tagen eine neue Untersuchung über sie hereinbrechen würde, schlossen sie die Außenhandelsstelle . . . In Moskau hatte man, wie ich beobachten konnte, den Kern der Sache sehr frühzeitig erfaßt, und sowohl Herr Tschitscherin als auch der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau haben über alle Schwierigkeiten des psychologischen Moments hinweg, den Weg zu einander gefunden. Nicht so in Berlin. Dort habe ich noch einen Monat nach dem Vorfall festgestellt, daß die Stimmung völlig unter den Eindrücken des 3. Mai stand . . . Aber es ergibt sich, daß diejenigen Unrecht haben, die da sagen, Deutschland brauchte Rußland nicht, Deutschland könnte auf Rußland sowohl wirtschaftlich wie auch politisch verzichten. Diese Auffassung ist falsch. Rußland und Deutschland brauchen einander . . . Der deutsche Exporteur soll sich nicht durch die Märchen irreführen lassen, die zur Zeit über den Zustand der russischen Wirtschaft in der ganzen Welt verbreitet werden. Trotz des Rückganges in den letzten fünf Monaten in allen privaten Unternehmungen bin ich immer

wieder erstaunt über die Fortschritte, die von Monat zu Monat auf allen Gebieten durch den Staat gemacht werden. Diese Beobachtung gibt der russischen Regierung das Recht, zu glauben, daß sie wirtschaftlich und auch politisch auf dem richtigen Wege sei. Sie gibt ihr die Festigkeit nach innen hin, um eine auswärtige Politik zu treiben, die sie im Interesse des Landes für richtig hält und um deren Erfolge wir Deutsche sie auch im Hinblick auf Jugenderziehung beneiden können . . . Die Russen werden hungern, sie werden noch ein Jahr länger halb nackt herumlaufen, die Wohnungsverhältnisse in Moskau werden noch unerträglicher für den Ausländer werden, wie sie zurzeit sind, aber der Staatshaushalt wird balanzieren, die Eisenbahnen sind auf dem Wege zu Überschüssen, die Armee wird die modernsten Kampfmittel zur Verfügung haben. Sowjetrußland geht mit Riesenschritten diesen Weg aufwärts!

Deutschland könnte sich ohne Zweifel in die Reihe der großen Gegner Sowjetrußlands stellen, indem es wirtschaftlicher Handlanger des internationalen Weltkapitals würde. Rußland würde dadurch von seinen Wegen nicht abgebracht werden: die russische Industrie in Stadt und Land hat schon heute große, bestimmte Ziele, die der deutschen noch fehlen. Wer auf den nahen Zusammenbruch Sowjetrußlands spekuliert, mag mit Rußland brechen. Diese Spekulation ist falsch! Wir stehen hier einer zweifellos rohen, ungefügten Macht gegenüber, aber doch einer gewaltigen, die von keiner Koalition mehr aus dem Wege zu räumen ist. Das ist der politische und wirtschaftliche Faktor, mit dem wir zu rechnen haben. Im übrigen hat schließlich das deutsche Interesse zu sprechen. Ich sehe es, über die Unbequemlichkeiten des Augenblicks hinweg, an der Seite Sowjetrußlands!“

Abschließend schlägt Geheimrat Cleinow die Abfassung eines deutsch-russischen Protokolls auf dem Verhandlungswege vor, bei der das Bedauern ausgedrückt und die Wiedergutmachung alles durch die Polizei verursachten Schadens zugesagt werden müsse. Zur Bereinigung dieser Verpflichtung solle eine deutsch-russische Entschädigungskommission baldigst zusammentreten; es müsse dafür gesorgt werden, daß auf keiner Seite ein Stachel übrig bleibe, zumal in Würdigung der ausgedehnten Interessengemeinschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, die zwischen den durch künstliche Schranken von einander getrennten Reichen über alle früheren und späteren Ereignisse bestehen müsse. Die Art, wie der Konflikt beigelegt wird, muß — so schließt Cleinow auch in einem Artikel an anderer Stelle (Thüringer Allgem. Ztg. v. 24. Juni) — wenn die Beilegung auch schon äußerst spät erfolgt, derartig sein, daß alle Welt sieht, wie vertrauensvoll Berlin und Moskau über alle Einzelgeschehnisse hinweg verbunden bleiben.